

Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) zur Vorlage „Neuregelung der beruflichen Vorsorge der Gemeinde Riehen“ (Vorlage Nr. 14-18.026.01)

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat an insgesamt drei Sitzungen zwischen dem 24. November 2014 und dem 2. Dezember 2014 zusammen mit Gemeindepräsident Hansjörg Wilde, Vize-Gemeindepräsident und Vorsitzenden der Paritätischen Kommission Pensionskasse Daniel Albietz, Patrick Spuhler von der Swisscanto Vorsorge AG und David Studer vom Fachbereich Recht der Gemeinde Riehen die Vorlage intensiv diskutiert und erörtert.

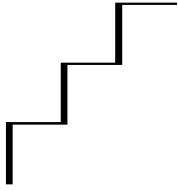
I Allgemeines

Die Vorsorgelösung der Gemeinde Riehen bei der Pensionskasse Basel-Stadt ist gut aufgestellt und bietet den Arbeitnehmenden grosszügige und sichere Leistungen an. Die Gründe für die trotzdem notwendige Revision sind einerseits eigentlich ein glücklicher und andererseits das rekordtiefe Zinsniveau: Die Bevölkerung und damit auch die Arbeitnehmenden der Gemeinde Riehen resp. die Pensionäre leben länger als dies in der aktuell gültigen Regelung der Vorsorge der Gemeinde Riehen einberechnet ist. Und der zur Bestimmung der Vorsorgekapitalien der Rentenbeziehenden einberechnete technische Zinssatz von 4,0% ist im Vergleich zum rekordtiefen Zinsniveau deutlich zu hoch und muss deshalb gesenkt werden.

Um die Pensionskasse der Gemeinde Riehen auch künftig auf gesunden Füüssen zu wissen und künftige Renten nicht zu gefährden, ist deshalb eine Revision nötig. Die Revision hält sich sehr stark an diejenige des Kantons Basel-Stadt mit dem Ziel, dass die Mitarbeitenden ohne grosse Unterschiede zwischen der Gemeinde Riehen und dem Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber auswählen können und Riehen damit gegenüber dem Kanton kein Wettbewerbsnachteil erfährt.

II Erläuterungen zum straffen Terminplan

Die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat gingen nach Meinung der Kommission korrekterweise von der Annahme aus, dass die Neuregelung der beruflichen Vorsorge der Gemeinde Riehen Mitte des Jahres 2015 zu beschliessen sei. Am 10. Oktober 2014 erhielt die Gemeinde ein Schreiben der Pensionskasse BS (PKBS) - die Kommission hat dieses Schreiben eingesehen. Darin wird erklärt, dass die Frist um ein halbes Jahr vorverlegt werden muss, wenn die Gemeinde Riehen den identischen Weg wie der Kanton einschlagen,



Seite 2

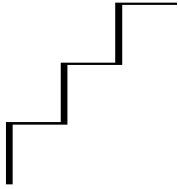
also ihr Vorsorgewerk ebenfalls im System der Teilkapitalisierung führen möchte. Insbesondere müsse der Entscheid "Voll- oder Teilkapitalisierung" vor dem 31. Dezember 2014 getroffen werden. Der Grund für diese Fristverschiebung sind gemäss PKBS zeitliche Vorgaben der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB). Diese wiederum verweist auf das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG): Danach muss am 1. Januar 2015 für die Teilkapitalisierung zwingend eine Staatsgarantie sowie ein Finanzierungsplan vorliegen.

Gemäss dem Reglement für die Paritätische Kommission Pensionskasse (vom 13. Dezember 2011) § 19 benötigt der vorgesehene neue Anschlussvertrag die Zustimmung der Paritätischen Kommission Pensionskasse, weshalb die Vorlage zuerst in dieser beraten und schliesslich in vorliegender Form verabschiedet wurde. Nach der ebenfalls erfolgten Zustimmung des Gemeinderats wurde die Vorlage sämtlichen Einwohnerratsmitgliedern am 20. November 2014 zugestellt. Da die Vorlage in der Dezembersitzung des Einwohnerrats beschlossen werden muss und die SPBF ihren Bericht bis am Freitag, dem 5. Dezember 2014 verfasst und verabschiedet haben musste, blieben für die Beratung in der Sachkommission exakt fünfzehn (in Zahlen: 15) Tage.

Die Beratungen einer komplexen Vorlage in einer derart knappen Frist verlangen von den Kommissionmitgliedern vieles ab und drängen diese an den Rand des Milizsystems. Der Kommission ist es wichtig festzuhalten, dass gemäss ihrer Meinung der Gemeinderat kein Verschulden hat am engen Zeitplan und auch versucht hatte, die Frist nochmals ein halbes Jahr hinauszuschieben. Auch wenn nicht alle Kommissionsmitglieder von der Auslegung des BVG durch die BSABB überzeugt sind, so ist die Kommission der Auffassung, dass der Gemeinderat richtig gehandelt hat. Eine Begehung des Rechtswegs hätte im Falle einer Niederlage eine zu grosse Zeiteinbusse zur Folge gehabt. Ebenfalls ist die Kommission überzeugt, dass die Qualität der Vorlage sowie die der Diskussionen und Beratungen nicht unter dem gedrängten Zeitplan gelitten haben. Auf entsprechende Ausnahmen wird in den folgenden Kapiteln dieses Berichts eingegangen.

III Erläuterungen zum Vorgehen

Obwohl eine Verabschiedung der Vorlage durch den Einwohnerrat und durch die Paritätische Kommission Pensionskasse (PKPK) zwingend ist, bedeutet dies nicht, dass der Einwohnerrat keine Änderungen an der Lösung vornehmen darf. Bedingung einer allfälligen Änderung wäre aber, dass anschliessend die PKPK der Änderung resp. der geänderten Vorlage ebenfalls zustimmt. Stimmt eines der Gremien nicht zu, ist ein Anschluss an die PKBS in Form der Teilkapitalisierung nicht mehr möglich. Die Pensionskasse der Gemeinde Riehen müsste in diesem Fall in das System der Vollkapitalisierung überführt werden, wobei die anderen Punkte in dieser Vorlage nochmals neu verhandelt werden müssten.



IV Diskussionen und Standpunkte der Kommission

1. Voll- oder Teilkapitalisierung

Patrick Spuhler erklärte der Kommission sehr kompetent, was die Vor- und Nachteile von Voll- und Teilkapitalisierung sind und aus welchen Gründen sich welches Gremium für welche Variante entschieden hat.

Vollkapitalisierung

Vorteile: Wegfall der Staatsgarantie, gleiche Stellung wie eine privatrechtliche Stiftung, keine Abhängigkeit von Bestandesstruktur, Teilliquidationen einfacher möglich.

Nachteile: Einmalig hohe und sofortige Kostenbelastung für Sanierung oder lange Sanierungsdauer, insbesondere wenn auch die für eine stabile Vollkapitalisierung notwendige Wertschwankungsreserve aufgebaut werden soll.

Teilkapitalisierung

Vorteile: Keine einmalig hohen Kosten, Deckungsgrad von bis zu 80% tolerierbar.

Nachteile: Nur Kanton oder Gemeinde können Staatsgarantie ausstellen, anfällig für demographische Veränderungen, Staatsgarantie fällt erst spät weg.

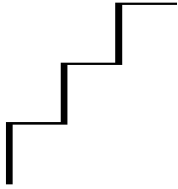
Die Kommission bevorzugt nach Abwägung aller Vor- und Nachteile die in der Vorlage vorgeschlagene Teilkapitalisierung. Insbesondere ist der hohe Betrag, der bei einer Vollkapitalisierung sofort eingeschossen oder saniert werden müsste (bis zu 30 Mio. CHF inkl. Wertschwankungsreserve) der Kommission zu hoch.

2. Primatwechsel und Senkung des technischen Zinssatzes

Um die Pensionskasse der Gemeinde Riehen langfristig und nachhaltig aufzustellen und damit allen Arbeitnehmenden auch in Zukunft eine gute und sichere Rentenlösung garantieren zu können, ist die Kommission einstimmig der Meinung, dass die Pensionskasse der Gemeinde Riehen in den Beitragsprimat wechseln muss und der technische Zinssatz von aktuell 4,0% auf 3,0% zu senken ist.

3. Beitragsschlüssel

Mehrere Mitglieder der Kommission hätten gerne über einen neuen Beitragsschlüssel diskutiert. Im Speziellen hätten sie eine Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmerbeiträge von aktuell 33% auf 40% befürwortet - die damit beim Arbeitgeber verbundene Einsparung hätte man zur Stärkung des Deckungsgrads verwenden können. Die Arbeitnehmervertreter in der PKPK deklarierten diesen Punkt der Vorlage aber als "nicht verhandelbar", weshalb die SPBF weitere Bestrebungen in diese Richtung unterliess.



Beschliesse der Einwohnerrat eine Änderung des Beitragsschlüssels und die PKPK stimmte dieser nicht zu, so bliebe keine Zeit, um die Vorlage nochmals im Einwohnerrat zu diskutieren. Die Vorlage und damit die Möglichkeit des Systems der Teilkapitalisierung wären gescheitert. Die Kommission ist deshalb einstimmig der Meinung, dass der Beitragsschlüssel im Sinne des Kompromisses und der gesamtheitlichen Lösung nicht verändert und somit ein Scheitern der Vorlage nicht riskiert werden soll.

4. Besitzstandslösungen

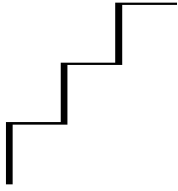
Die Kommission hält in ihrer Mehrheit fest, dass alle Formen von Besitzstandslösungen nicht gerecht gegenüber anderen und insbesondere jüngeren Versicherten als solches sind. Gleichzeitig ist sich die Kommission der sozialen Verantwortung bewusst, wonach es gegen Treu und Glauben verstossen würde, Mitarbeitenden, die kurz vor der Pensionierung stehen, in eine neue, veränderte Vorsorgelösung zu zwingen. Die Kommission ist deshalb einstimmig der Meinung, dass die Besitzstandskosten von rund 6,3 Mio. CHF gerechtfertigt sind. Allerdings ist die Kommission der Meinung, dass die Beträge nicht ideal verteilt sind - so werden in der vorgeschlagenen Lösung ältere Arbeitnehmende gegenüber jüngeren und insbesondere gegenüber dienstälteren Arbeitnehmenden bevorteilt. Die Kommission diskutierte diesen Punkt der Vorsorgelösung sehr genau und liess sich von den zugezogenen Experten diverse Listen der Alter- und Dienstaltersverteilung aushändigen. Weiter diskutierte die Kommission weitere mögliche Varianten, die das Dienstalter mehr – resp. das Lebensalter weniger - berücksichtigen.

Aufgrund der Tatsache, dass eine andere Variante, die das Dienstalter resp. die Beitragsjahre stärker bevorzugen würde, wieder zuerst durch die PKPK müsste und erste Rückmeldungen eher negativ waren, verzichtet die SPBF auf eine abweichende Variante. Die Tatsache, dass also z. B. ein 56-Jähriger, der erst kürzlich zur Gemeinde gestossen ist, 60% Besitzstand erhält, während ein 45-Jähriger, der schon seit 20 Jahren bei der Gemeinde arbeitet, nur knapp 53% (= 20/38) Besitzstand erhält, würde also gemäss Vorlage und Antrag der Kommission Realität.

Gemäss Vorlage könnten allerdings auch erst künftig Eingestellte von einem Besitzstand profitieren. Die Kommission ist in ihrer Mehrheit der Auffassung, dass ein Besitzstand etwas ist, das man behält. Bei neuereinstellenden, älteren Mitarbeitenden darf dies also nicht der Fall sein, da sie zum Besitzstand noch nichts "beigetragen" haben. Die Kommission stellt deswegen den Antrag, die Vorlage mit folgendem Satz zu ergänzen:

“Es besteht nur für diejenigen aktiv Versicherten ein Anrecht auf Besitzstand, die bei Inkrafttreten der Lösung mindestens ein Beitragsjahr aufweisen.“

Die neue Lösung wird auf 1. Januar 2016 in Kraft treten, d.h. vom Besitzstand sollen nur diejenigen Mitarbeitenden profitieren, die bis zum 31. Dezember 2014 angestellt worden sind. Die Kommission weist darauf hin, dass im Ergänzungsantrag mit Absicht der Begriff



Seite 5

„Beitragsjahr“ verwendet wurde. Da die Pensionskasse der Gemeinde Riehen der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt angeschlossen ist, zählen bereits geleistete Beitragsjahre in der Pensionskasse Basel-Stadt auch für die Pensionskasse der Gemeinde Riehen. Damit ist auch sichergestellt, dass für Lehrpersonen, die in den kommenden Monaten und Jahren vom Kanton nach Riehen wechseln, kein Nachteil entsteht.

5. Erhöhung Rücktrittsalter, Stabilisierungsmassnahmen

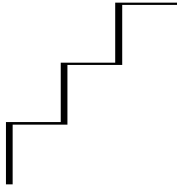
Die Kommission ist wie die PKPK der Meinung, dass für eine nachhaltige Revision der beruflichen Vorsorge der Gemeinde Riehen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen. Auf Seiten der Arbeitnehmenden sind dies Stabilisierungsbeiträge (3,8 Mio. CHF), Teuerungsverzicht Rentenbeziehende (5,4 Mio. CHF) und die Erhöhung des Rücktrittsalters (10 Mio. CHF, ausgewiesene Werte jeweils für 10 Jahre berechnet). Auf Seiten der Arbeitgeberin sind dies ebenfalls Stabilisierungsbeiträge (10,8 Mio. CHF), Besitzstandskosten (6,3 Mio. CHF) und eine Einmaleinlage zur Stärkung des Deckungsgrades (4,2 Mio. CHF). Auf Seite 16 der Vorlage ist diese Lastensymmetrie aufgelistet. Die Kommission anerkennt die in etwa gleich hohen Beiträge der beiden Seiten (je rund 20 Mio. CHF) und empfindet diese als nachhaltig und fair.

6. Magistratslösung

Im Gegensatz zur kantonalen Lösung enthält die Riehener Lösung keine Magistratslösung. Die Gemeinderatsmitglieder und der Gemeindepräsident verfügen über dieselbe Vorsorgelösung, wie dies auch bei allen anderen Mitarbeitenden der Fall ist. Auf Nachfrage der Kommission wurde ihr erklärt, dass dies auf das unterschiedliche Arbeitspensum von Regierungsräten und Gemeinderäten zurückzuführen ist. Demensprechend ist der Gemeinderat weiterhin ein Nebenamt und erhält nach der Amtszeit kein Ruhegehalt oder ähnliches.

V Anmerkung der Kommission

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) macht hiermit alle Mitglieder des Einwohnerrats darauf aufmerksam, dass es sich bei der Vorlage „Neuregelung der beruflichen Vorsorge der Gemeinde Riehen“ um eine äusserst komplexe und fein austarierte Lösung handelt. Sollten im Ratsplenum Änderungsanträge gestellt werden, so bittet die Kommission die Antragstellenden, dabei sämtliche Folgen zu beachten und zu berücksichtigen. Insbesondere muss auf den besonderen Umstand Rücksicht genommen werden, dass die Paritätische Kommission Pensionskasse allfälligen Änderungen auch zustimmen muss.



Seite 6 **VI Antrag der Kommission**

Die Sachkommission bedankt sich bei Hansjörg Wilde, Daniel Albietz, Patrick Spuhler und David Studer für die kompetenten Erläuterungen und beantragt dem Einwohnerrat, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlüssen auf den Seiten 19, 20 und 21 der „Vorlage Neuregelung der beruflichen Vorsorge der Gemeinde Riehen“ (Nr. 14-18.026.01) inkl. der Ergänzung:

“Es besteht nur für diejenigen aktiv Versicherten ein Anrecht auf Besitzstand, die bei Inkrafttreten der Lösung mindestens ein Beitragsjahr aufweisen.“

zuzustimmen.

Riehen, 4. Dezember 2014

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'P. Huber'.

Patrick Huber, Präsident

Beilage:

Gesetz betreffend die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) vom 4.6.2014



Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss

Nr. **14/23/03G**
Vom **04.06.2014**
P121065

Ratschlag zu einem Gesetz betreffend die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt (Pensionskassengesetz); Totalrevision zur Umsetzung der bundesrechtlichen Änderungen des BVG

12.1065.02, Bericht der WAK

://: Zustimmung mit Änderungen

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 12.1065.01 vom 27. August 2013 sowie in den Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission Nr. 12.1065.02 vom 28. April 2014, beschliesst:

A. Allgemeines

§ 1. Name, Rechtspersönlichkeit und Sitz

¹ Unter dem Namen Pensionskasse Basel-Stadt ("PKBS") besteht eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Basel-Stadt.

§ 2. Zweck und Tätigkeitsbereich

¹ Die PKBS führt die berufliche Vorsorge der Mitarbeitenden des Kantons (Bereich Staat) sowie des Personals der angeschlossenen Arbeitgeber durch.

² Anschlussvereinbarungen können mit Arbeitgebern, welche Aufgaben im öffentlichen Interesse erfüllen oder dem Kanton Basel-Stadt nahe stehen, abgeschlossen werden. Auch für die Mitarbeitenden des Kantons (Bereich Staat) ist eine Anschlussvereinbarung abzuschliessen; zuständig ist der Regierungsrat.

³ Die PKBS ist im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes und des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982 in der Gestaltung ihrer Leistungen und ihrer Organisation frei.

⁴ Die PKBS kann weitere Aufgaben übernehmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit ihrem Zweck stehen.

§ 3. Sammeleinrichtung

¹ Die PKBS wird als Sammeleinrichtung geführt.

² Die Mitarbeitenden des Kantons (Bereich Staat) sowie diejenigen jedes einzelnen Anschlusses bilden jeweils ein separates Vorsorgewerk, das in eigener Rechnung geführt wird.

³ Die Anschlüsse tragen die Kosten während der Dauer des Anschlusses.

⁴ Alle Personen des Bereichs Staat sowie der übrigen Anschlüsse, die einen Jahreslohn beziehen und deshalb der obligatorischen Versicherung gemäss BVG unterstehen, haben der PKBS beizutreten. Ausnahmen sind in der Anschlussvereinbarung festzuhalten.

⁵ Im Bereich Staat ist eine Sonderregelung für Magistratspersonen zulässig, sofern die damit verbundenen zusätzlichen Kosten vom Kanton finanziert werden.

⁶ Zum Ausgleich der Teuerung auf den laufenden Renten kann je Anschluss ein separat ausgewiesener "Teuerungsfonds" gebildet werden. Die Mittel des Teuerungsfonds werden angemessen verzinst und ausschliesslich zur Erhöhung der laufenden Renten verwendet.

⁷ Der Verwaltungsrat kann einzelne Anschlüsse zu einem gemeinsamen Vorsorgewerk zusammenschliessen.

§ 4. Auflösung einer Anschlussvereinbarung / Liquidation eines Vorsorgewerks

¹ Bei Auflösung einer Anschlussvereinbarung werden alle aktiven Versicherten sowie die rentenbeziehenden Personen an die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen. Das dem Vorsorgewerk zugewiesene Vermögen wird unter Wahrung der Rechte der Destinatärinnen und Destinatäre auf die neue Vorsorgeeinrichtung überwiesen oder in einer gesetzlich vorgesehenen Form auf die Destinatärinnen und Destinatäre verteilt. Näheres ist in den Bestimmungen über die Teilliquidation geregelt.

² Ein Verbleib einzelner Versichertengruppen oder der Rentenbeziehenden setzt eine Anschlussvereinbarung voraus, welche die Finanzierung der versicherungstechnisch notwendigen Kosten sicherstellt. Die Modalitäten werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung der Expertin oder des Experten für berufliche Vorsorge nach fachmännischen Kriterien festgelegt. Bestätigt keine neue Vorsorgeeinrichtung schriftlich, dass sie die rentenbeziehenden Personen zu den gleichen Bedingungen übernimmt, so entfaltet die Kündigung der Anschlussvereinbarung keine Wirkung.

³ Abs. 1 und 2 gelten sinngemäss bei einer Restrukturierung oder erheblicher Verminderung eines Versichertenbestands, welcher den Tatbestand der Teilliquidation erfüllt.

B. Finanzierung, Staatsgarantie und Vorsorgevermögen

§ 5. Grundsätze

¹ Die PKBS wird nach den Grundsätzen der Bilanzierung in geschlossener Kasse geführt.

² In der Regel sind die Vorsorgewerke im System der Vollkapitalisierung zu führen. Für Vorsorgewerke, für die eine Staatsgarantie besteht, kann die PKBS die Finanzierung der Leistungen im System der Teilkapitalisierung zulassen.

³ Vorsorgewerke im Beitragsprimat, die im System der Teilkapitalisierung geführt werden, verzinsen die ordentlichen Sparkapitalien mit dem technischen Zinssatz, wenn deren globaler Deckungsgrad 83.5% überschreitet, maximal mit dem BVG-Mindestzinssatz, wenn er zwischen 80% und 83.5%, und mit Null Prozent, wenn er unter 80% liegt.

⁴ Allfällige freie Mittel gemäss BVG dürfen nur von Vorsorgewerken in Vollkapitalisierung verwendet werden.

⁵ Die Finanzierung hat nach versicherungstechnischen Grundsätzen zu erfolgen. Sie hat zu gewährleisten, dass die Leistungen bei Fälligkeit erbracht werden können.

§ 6. Staatsgarantie

¹ Für Vorsorgewerke im System der Teilkapitalisierung muss eine Staatsgarantie für folgende Leistungen vorliegen, soweit der Ausgangsdeckungsgrad per 1. Januar 2012 nicht unterschritten wird:

a. Alters-, Risiko- und Austrittsleistungen,

b. Austrittsleistungen eines in Teilliquidation austretenden Versichertenbestands

sowie

c. versicherungstechnische Fehlbeträge, die als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versichertenbestand entstehen.

² Der automatische Übergang ins System der Vollkapitalisierung erfolgt, wenn der Deckungsgrad mindestens 116% beträgt und die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen für eine genügende Wertschwankungsreserve erfüllt sind. Damit entfällt die Staatsgarantie.

³ Der Regierungsrat kann für das Vorsorgewerk des Bereichs Staat sowie den Vorsorgewerken derjenigen angeschlossenen Institutionen, an denen der Kanton eine 100%-Beteiligung hält, eine Staatsgarantie gewähren.

§ 7. Vorsorgevermögen

¹ Das Vorsorgevermögen wird durch Beiträge der Arbeitgeber und der versicherten Personen, die Freizügigkeitsleistungen und Einkäufe, die Erträge der Anlagen, die freiwilligen Zuwendungen und weitere Einnahmen geäuft.

² Für jedes Vorsorgewerk wird das Vermögen separat ausgewiesen.

³ Für die Verbindlichkeiten eines Vorsorgewerks haftet ausschliesslich dessen Vermögen. Bei Vorsorgewerken im System der Teilkapitalisierung haftet der Garantiegeber maximal im Ausmass der Staatsgarantie.

⁴ Die PKBS kann ihre und weitere Kosten, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit anfallen, zulasten der Anlageerträge finanzieren.

§ 8. Sanierung

¹ Die PKBS muss im Vorsorgereglement Massnahmen vorsehen, falls der gemäss den bundesrechtlichen Vorschriften bestimmte Deckungsgrad unter 100% liegt.

² Liegt für Vorsorgewerke im System der Teilkapitalisierung der globale Deckungsgrad (Aktive und Rentnerinnen und Rentner zusammen) unter 80% oder sinkt der Deckungsgrad für die Aktiven (Deckungsgrad, nachdem die Rentenverpflichtungen vollumfänglich gedeckt sind) unter ihren Ausgangsdeckungsgrad gemäss Art. 72b BVG, sind Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

C. Organisation und Verwaltung

§ 9. Organe

¹ Organe der PKBS sind:

- a. der Verwaltungsrat;
- b. die Vorsorgekommissionen;
- c. die Geschäftsleitung;
- d. die Kontrollorgane.

§ 10. Verwaltungsrat

¹ Der Verwaltungsrat besteht aus 12 Mitgliedern. 6 Arbeitgeber-Vertreterinnen und -Vertreter werden vom Regierungsrat bestimmt, 6 Arbeitnehmer-Vertreterinnen und -Vertreter werden gemäss besonderem Wahlreglement von den Versicherten gewählt.

² Der Regierungsrat achtet auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Arbeitgeber. Das Wahlreglement hat eine angemessene Vertretung der Versichertengruppen vorzusehen.

³ Die Mitglieder des Verwaltungsrates sollen die erforderlichen Fähigkeiten für die Wahrnehmung ihres Amtes haben, einen guten Ruf geniessen und jederzeit Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung bieten.

⁴ Der Regierungsrat sorgt dafür, dass in der von ihm gewählten Vertretung Frauen und Männer mindestens je zu einem Drittel vertreten sind und setzt sich dafür ein, dass dies auch bei den übrigen Vertretungen der Fall ist.

⁵ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat einzelne oder alle der von ihm bestimmten Mitglieder innerhalb der Amtsdauer abberufen und durch neue Mitglieder ersetzen.

⁶ Der Verwaltungsrat konstituiert sich selber. Er bestimmt ein Präsidium. Dieses besteht aus einem Mitglied, welches die Arbeitgeber vertritt und einem Mitglied, welches die Versicherten vertritt.

§ 11. Aufgaben des Verwaltungsrats

¹ Der Verwaltungsrat ist das oberste Organ der PKBS. Er nimmt die Gesamtleitung wahr und sorgt für die Erfüllung der Aufgaben nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Er bestimmt die strategischen Ziele und Grundsätze der PKBS sowie die Mittel zu ihrer Erfüllung, soweit nicht der Gesetzgeber dafür zuständig ist. Weiter sorgt er für die finanzielle Stabilität der PKBS und leitet die dafür notwendigen Massnahmen wie Anpassungen des Vorsorgeplans in nützlicher Frist ein. Zudem überwacht er die Geschäftsleitung der PKBS.

² Der Verwaltungsrat erlässt die für die Durchführung erforderlichen Reglemente, insbesondere über:

- a. die Vorsorge,
- b. die Anlage des Vermögens,
- c. die Rückstellungen und die Verzinsungsregeln.
- d. die Bestimmungen im Falle einer Teilliquidation,
- e. die Aufgaben und die Organisation,
- f. die Wahl und die Aufgabe der Vorsorgekommissionen sowie
- g. die Rechte und Pflichten des Personals, wobei er sich dabei sinngemäss an das kantonale Personalrecht hält.

³ Der Verwaltungsrat nimmt zudem folgende Aufgaben wahr:

- a. die Wahl der Revisionsstelle,
- b. die Wahl der Expertin oder des Experten für die berufliche Vorsorge sowie
- c. die Wahl der Geschäftsleitung

⁴ Der Verwaltungsrat kann für die Erfüllung seiner Aufgabe Ausschüsse einsetzen. Deren Mitglieder müssen nicht dem Verwaltungsrat angehören.

§ 12. Vorsorgekommission

¹ Der Kanton (Bereich Staat) sowie jeder angeschlossene Arbeitgeber ist verpflichtet, dass eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitgebers und der Arbeitnehmenden paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission gebildet wird.

² Die Vorsorgekommissionen nehmen die ihr aus Gesetz, Reglement und Anschlussvereinbarung zugewiesenen Rechte und Pflichten wahr.

³ Kann für ein Vorsorgewerk keine solche Kommission bestellt werden, übernimmt der Verwaltungsrat diese Aufgabe.

§ 13. Geschäftsleitung

¹ Die Geschäftsleitung führt die laufenden Geschäfte der PKBS nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und den Weisungen des Verwaltungsrats.

² Die Zusammensetzung und Organisation der Geschäftsleitung sowie deren Aufgaben und Kompetenzen legt der Verwaltungsrat der PKBS reglementarisch fest.

D. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 14. Übergangsbestimmung

¹ Für Vorsorgewerke, für die bis zum Wirksamwerden dieses Gesetzes keine neue Vorsorgelösung bestimmt wurde, gilt bezüglich des Primats, der Festlegung des versicherten Lohnes, der Höhe der Sparbeiträge und der Risikoleistungen der Vorsorgeplan des Bereichs Staat bis zu demjenigen Zeitpunkt, in welchem die Vorsorgekommission ihren neuen Vorsorgeplan festgelegt hat.

² Liegt der Deckungsgrad (Aktive und Rentnerinnen und Rentner zusammen) für Anschlüsse im System der Teilkapitalisierung per 1. Januar 2012 über 80%, ist zur Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades per 1. Januar 2012 der 80% überschüssende Teil als Wertschwankungsreserve auszuscheiden.

³ Für vom Kanton mit einer Staatsgarantie ausgestattete Vorsorgewerke leisten die Arbeitnehmenden bis und mit dem Jahr 2024 einen Zusatzbeitrag von 1.6% der versicherten Lohnsumme im Sinne von Art. 17 Abs. 2 lit. f des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG) vom 17. Dezember 1993 zur Stärkung des Deckungsgrads. Der von den Arbeitgebern dieser Anschlüsse zu leistende Beitrag von 5% der versicherten Lohnsumme für den Teuerungsfonds wird zur Stärkung des Deckungsgrades verwendet, bis dieser 100% erreicht hat, mindestens aber bis zum 31. Dezember 2024. Beträgt die Teuerung seit dem 1. Januar 2010 mehr als 20%, werden frühestens ab dem Jahr 2025 2.5% der versicherten Lohnsumme in den Teuerungsfonds einbezahlt, der Beitrag zur Stärkung des Deckungsgrads wird entsprechend reduziert.

⁴ Für alle versicherten Personen der Vorsorgewerke des Bereichs Staat und der Arbeitgeber, an denen der Kanton eine 100%-Beteiligung hält, welche in der bisherigen Leistungsprimatlösung versichert sind und die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes 25 Jahre oder älter sind, wird ein Besitzstand für die im bisherigen ordentlichen Rücktrittsalter versicherte Altersrente gewährt. Für die Berechnung der Altersrente im Beitragsprimat werden die versicherungstechnischen Grundlagen per 1. Januar 2014 und

ein Projektionszinssatz von 1.5% als Basis verwendet. Bei versicherten Personen, welche weniger als 38 Beitragsjahre aufweisen, wird diese Garantie um 1/38 pro fehlendes Jahr gekürzt. Für die Bestimmung der Beitragsjahre ist der Beginn des Vorsorgeverhältnisses massgebend, welches der Berechnung der Garantie zugrunde liegt. Beitragsjahre aus früheren Vorsorgeverhältnissen werden angerechnet, wenn die Beitragsjahre in der PKBS zurückgelegt worden sind und die versicherte Person bei der PKBS ununterbrochen versichert ist.

⁵ Für alle versicherten Personen der Vorsorgewerke des Bereichs Staat und der Arbeitgeber, an denen der Kanton eine 100%-Beteiligung hält, welche in der bisherigen Leistungsprimatlösung versichert sind und die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes 5 Jahre oder weniger vor dem bisherigen ordentlichen Rücktrittsalter stehen, wird ein Besitzstand für die im bisherigen ordentlichen Rücktrittsalter versicherten Altersrente gewährt. Für die Berechnung der Altersrente im Beitragsprimat werden die versicherungstechnischen Grundlagen, die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes gelten, sowie ein Projektionszinssatz von 1.5% als Basis verwendet. Bei versicherten Personen, welche mehr als 5 Jahre vor dem bisherigen ordentlichen Rücktrittsalter stehen, wird diese Garantie um 20% pro fehlendes Jahr gekürzt, sodass sie ab 10 Jahren wegfällt.

⁶ Es gilt der jeweils höhere Besitzstand gemäss Abs. 4 und 5. Der Besitzstand erfolgt mittels einer Einmaleinlage auf dem Sparkonto und wird über 10 Jahre bei der PKBS, spätestens aber bei Pensionierung erworben. Ein im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes auf dem Sparkonto bereits vorhandener Betrag wird nicht zur Finanzierung dieses Besitzstands herangezogen.

⁷ Der Kanton leistet für die mit einer Staatsgarantie ausgestatteten Vorsorgewerke für die Besitzstandsleistungen gemäss Abs. 6 die Einmaleinlage auf den ersten Banktag nach dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes. Nicht vollständig erworbene Besitzstandseinlagen werden der Arbeitgeberbeitragsreserve gutgeschrieben.

⁸ Sämtliche im Vorsorgewerk Staat geführten Rentenbeziehenden, die aus einem ehemaligen Arbeitsverhältnis mit der BVB oder der IWB stammen, werden per Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes auf das Vorsorgewerk der BVB bzw. der IWB unter der Berücksichtigung der am 1. Januar 2013 geltenden technischen Grundlagen der PKBS sowie mit dem zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens massgebenden Deckungsgrads des Vorsorgewerks des Staates übertragen. Die Ausgangsdeckungsgrade gemäss Abs. 2 sind so zu bestimmen, als ob diese Übertragung bereits am 1. Januar 2013 erfolgt wäre.

⁹ Für Rentenleistungen, welche aufgrund des bisherigen Gesetzes zu laufen begonnen haben, besteht Besitzstand. Die periodische Überprüfung des Leistungsanspruchs infolge Invalidität bleibt vorbehalten. Ist im Bereich Staat oder seiner bei der PKBS angeschlossenen Beteiligungen vor Wirksamkeit dieses Gesetzes eine Arbeitsunfähigkeit eingetreten, deren Ursache zur Invalidität oder zum Tod führt, so gilt das bisherige Gesetz.

¹⁰ Der Verwaltungsrat regelt die Erhöhung der Freizügigkeitsleistung einer rückwirkenden Anpassung des Lohnes vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes. Der Arbeitgeber trägt die versicherungstechnisch bestimmte Finanzierungslücke, die sich nach Abzug einer Nachzahlung des oder der Arbeitnehmenden ergibt.

¹¹ Anwartschaftliche Leistungsansprüche in Zusammenhang mit laufenden Rentenleistungen werden nach demjenigen Reglement beurteilt, das aufgrund dieses Gesetzes erlassen wird.

§ 15. Änderung und Aufhebung bisherigen Rechts

1. Personalgesetz

Das Personalgesetz vom 17. November 1999¹ wird wie folgt geändert:

§ 35 erhält folgende neue Fassung:

§ 35. Beendigung des Arbeitsverhältnisses infolge Alter und vorzeitiger Ruhestand

¹ Falls keine anders lautende Abmachung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer getroffen wurde, endet das Arbeitsverhältnis grundsätzlich am letzten Tag des Monats, in dem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das 65. Altersjahr vollendet hat.

² Eine vorzeitige Pensionierung ab Alter 58 oder eine aufgeschobene Pensionierung bis Alter 70 sind möglich. Die Pensionierung kann auch in Teilschritten erfolgen.

³ In personal-, arbeitsmarkt- und finanzpolitisch ausserordentlichen Situationen kann der Regierungsrat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche das 58. Altersjahr vollendet haben, vorzeitig pensionieren. Das Altersguthaben der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters ist so zu erhöhen, dass dieselbe Rente resultiert, wie sie im Alter 65 unter Einrechnung eines Zinses von 1% versichert ist. Der Arbeitgeber vergütet der Pensionskasse die hierzu notwendige Einmaleinlage.

⁴ Erfolgt die vorzeitige Pensionierung im gegenseitigen Einvernehmen, so kann der Arbeitgeber zwecks Erhöhung der Rentenansprüche gegenüber der Pensionskasse eine Einmaleinlage zugunsten der versicherten Person leisten. Die Zuständigkeit liegt beim Regierungsrat.

⁵ Für Schichtdienstleistende, die nach Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes und spätestens 2036 mit Alter 64 oder früher in Pension gehen, leistet der Arbeitgeber eine Einmaleinlage. Diese beträgt 17% des durchschnittlich versicherten Schichtlohns, multipliziert mit den vollen in der PKBS vor dem 1. Januar 2008 zurückgelegten Beitragsjahren. Die Beitragsjahre zählen frühestens ab Alter 25. Der durchschnittliche Schichtlohn bestimmt sich als Summe der seit 1. Januar 2008 von Arbeitgeber auf den Schichtzulagen geleisteten Sparbeiträge, dividiert durch 17% und die Anzahl Jahre seit 1. Januar 2008. Allfällige Besitzstandsleistungen werden bis fünf Jahre nach Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes voll in Abzug gebracht, für weitere fünf Jahre mit linear sinkendem Anteil.

2. Gesetz betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz)

Das Gesetz betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995² wird wie folgt geändert:

Vor § 24a wird folgender neuer Abschnittstitel 4a eingefügt:

4a. Abschnitt: Personalvorsorge

¹ SG 162.100

² SG 164.100

§ 24a samt Titel erhält folgende neue Fassung:

§ 24a. Versicherter Jahreslohn

¹ Der versicherte Jahreslohn entspricht dem um einen Koordinationsabzug verminderten massgebenden Jahreslohn.

² Als massgebender Jahreslohn gilt der gesetzlich oder vertraglich festgelegte Lohn, zuzüglich allfälliger Schichtzulagen.

³ Der Koordinationsabzug beträgt 3/8 des massgebenden Jahreslohns, höchstens aber den Betrag der jährlichen maximalen AHV-Altersrente.

⁴ Bei Teilzeitbeschäftigten wird der Beschäftigungsgrad für die Ermittlung des versicherten Lohnes berücksichtigt.

⁵ Der gemäss Anhang 1 dieses Gesetzes das Maximum von Lohnklasse 22 übersteigende Betrag wird nur zu 50% versichert und der das Maximum der Lohnklasse 28 übersteigende Betrag wird nicht berücksichtigt.

Es werden folgende neue §§ 24b-24f eingefügt:

§ 24b. Primat, Leistungsplan und Beiträge

¹ Der Anschluss bei der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt wird im Beitragsprimat geführt.

² Der Regierungsrat genehmigt auf Vorschlag der Vorsorgekommission Staat den für den Bereich Staat gültigen Leistungsplan.

³ Die Beiträge des Arbeitgebers und der Versicherten setzen sich aus Sparbeiträgen, Risikobeiträgen, Beiträgen für übrige Leistungen und Beiträgen an den Teuerungsfonds zusammen.

⁴ Die Höhe der ordentlichen Sparbeiträge nach Alter auf Basis des versicherten Lohnes beträgt:

a) 17-19 Jahre	0.0%
b) 20-24 Jahre	16.5%
c) 25-29 Jahre	18.0%
d) 30-34 Jahre	19.5%
e) 35-39 Jahre	21.0%
f) 40-44 Jahre	22.5%
g) 45-49 Jahre	24.0%
h) 50-54 Jahre	25.5%
i) 55-59 Jahre	27.0%
j) 60-65 Jahre	28.5%
k) ab Rücktrittsalter	0.0%

Davon leistet der Arbeitgeber zwei Drittel.

⁵ Standardmässig betragen die Beiträge der Arbeitnehmenden einen Drittel der ordentlichen Sparbeiträge gemäss Abs. 4. Die Vorsorgekommission des Bereichs Staat kann innerhalb der Vorgaben der PKBS alternative Sparbeiträge vorsehen, die den Arbeitnehmenden zur Auswahl angeboten werden.

⁶ Der Beitrag für Arbeitnehmende im Alter zwischen 17 und 65 Jahren zur Finanzierung der Risikoleistungen und der übrigen Leistungen beträgt für den Arbeitgeber 4% und für die betroffenen Arbeitnehmenden 1.5% der versicherten Lohnsumme.

⁷ Zusätzlich leistet der Arbeitgeber jährlich per 1. Januar eine Einlage in den Teuerungsfonds Staat in der Höhe von 5% der Summe der versicherten Löhne. Renten, deren Kaufkraft seit Rentenbeginn, frühestens jedoch seit 1. Januar 2010, um mehr als 20% abgenommen hat, werden voll der Teuerung angepasst, sofern die Mittel im Teuerungsfonds dies erlauben.

⁸ Werden für den Bereich Staat Sanierungsmassnahmen ergriffen, hat der Arbeitgeber mindestens die gleiche wirtschaftliche Last zu tragen wie die Versicherten. Liegt der Deckungsgrad unter dem massgebenden Deckungsgrad gemäss § 8 des Gesetzes betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz, PKG) vom 4. Juni 2014 sind auch allfällige Verzinsungen unter dem technischen Zinssatz wie eine Sanierungsmassnahme zu behandeln, der Arbeitgeber leitet dabei eine entsprechende Einmaleinlage.

⁹ Wird eine Verzinsung der ordentlichen Sparkapitalien unter dem technischen Zinssatz beschlossen, wird diese Minderverzinsung für Versicherte bis 5 Jahre vor dem ordentlichen Rücktrittsalter linear von 0% auf 100% ansteigend abgedeckt. Liegt der Deckungsgrad über dem massgebenden Deckungsgrad gemäss § 8 PKG, leistet der Arbeitgeber eine entsprechende Einmaleinlage, um diese Abfederung zu finanzieren.

§ 24c. Magistratspersonen

¹ Magistratspersonen sind die vom Volk gewählten Mitglieder des Regierungsrates sowie die hauptamtlichen Gerichtspräsidentinnen bzw. Gerichtspräsidenten. ~~und die Beauftragten für das Beschwerdewesen (Ombudsfrau bzw. Ombudsmann).~~

§ 24d. Ruhegehalt für Magistratspersonen

¹ Scheidet eine Magistratsperson aus dem Amt, so besteht Anspruch auf ein Ruhegehalt. Das Ruhegehalt erlischt spätestens mit Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters oder im Todesfall.

² Der Anspruch auf das Ruhegehalt beginnt ab dem Monat, der dem Ausscheiden aus dem Amt folgt und besteht für Mitglieder des Regierungsrates in Abhängigkeit vom Alter zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Amt und den geleisteten Amtsjahren während der Dauer gemäss Tabelle 1 Anhang 3 zu diesem Gesetz, für die übrigen Magistratspersonen für die Dauer von zwei Jahren.

³ Die Höhe des Ruhegehalts beträgt 65% des zum Zeitpunkt des Amtrücktritts in der Pensionskasse versicherten Lohnes ohne Berücksichtigung des Koordinationsabzugs. Der Kanton Basel-Stadt übernimmt die mit dem Ruhegehalt anfallenden Sozialversicherungsabgaben.

⁴ Für Magistratspersonen mit während der Amtszeit variierendem Beschäftigungsgrad ist der versicherte Lohn bei 100% multipliziert mit dem über die geleistete Amtszeit durchschnittlichen Beschäftigungsgrad massgebend.

⁵ Für diejenigen Magistratspersonen, welche zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Paragraphen Anrecht auf ein Ruhegehalt haben, gelten die bisherigen Regelungen bezüglich Ruhegehalt.

⁶ Erzielt die ehemalige Magistratsperson ein Erwerbs- oder Renteneinkommen, das zusammen mit dem Ruhegehalt den früheren, als Magistratsperson erzielten Lohn übersteigt, so wird das Ruhegehalt um den Mehrbetrag gekürzt resp. im Folgejahr zurück gefordert. Für Magistratspersonen mit einem Ruhegehalt auf der Basis eines Beschäftigungsgrades unter 100% wird das Erwerbs- und Renteneinkommen anteilmässig zu diesem Beschäftigungsgrad angerechnet.

⁷ Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 24e. Versicherung der Magistratspersonen bei der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt

¹ Magistratspersonen sind während ihre Amtsdauer und bis zur Beendigung des Anspruchs auf das Ruhegehalt gemäss § 24d hinsichtlich ihrer Versicherung im Rahmen des Pensionskassengesetzes den übrigen Versicherten gleichgestellt. Bei Ausscheiden aus dem Amt infolge Todes oder Invalidität werden die Leistungen gemäss dem Vorsorgeplan des Bereichs Staat erbracht.

² Scheidet eine Magistratsperson vor Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters durch Rücktritt oder Nichtwiederwahl aus dem Amt, ist sie in der Pensionskasse Basel-Stadt während der Dauer des Anspruchs auf das Ruhegehalt weiter zu versichern.

³ Der versicherte Jahreslohn entspricht:

- a) für das Alterssparen dem gemäss § 24d Abs. 6 allfällig gekürzten Ruhegehalt.
- b) für das Risiko Tod und Invalidität dem gemäss § 24a zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Amt berechneten versicherten Lohnes.

⁴ Die Höhe der ordentlichen Sparbeiträge nach Alter auf Basis des versicherten Lohnes gemäss Abs. 3 lit. a richtet sich nach § 24b Abs. 4, der Beitrag zur Finanzierung der Risikoleistungen und der übrigen Leistungen auf Basis des versicherten Lohnes gemäss Abs. 3 lit. b nach § 24b Abs. 6. Die gesamten Sparbeiträge werden im Folgejahr auf der Basis der Abrechnung gemäss § 24d Abs. 6 in einem Betrag vom Kanton geleistet und als Einmaleinlage gutgeschrieben.

§ 24f. Übergangsbestimmung für ehemalige Magistratspersonen

¹ Die vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes bisher versicherten Leistungen bei Tod, Alter und Invalidität bleiben für ehemalige Magistratspersonen betragsmässig garantiert, sofern diese zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Gesetzes einen Anspruch auf Ruhegehalt haben.

² Bei Vorbezug der Austrittsleistung für Wohneigentum bzw. bei Übertragung der Austrittsleistung infolge Scheidung entfällt die Garantie.

§ 27 erhält folgende neue Fassung:

¹ Der Lohnanspruch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird wie folgt geändert:

In Abweichung von § 22 Abs. 1 dieses Gesetzes wird der Teuerungsausgleich auf die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2025 im Umfang von einem Prozentpunkt erhöht.

3. Pensionskassengesetz

Das Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) vom 28. Juni 2007 wird aufgehoben.

Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft werden die §§ 9-13 sofort wirksam, für den Rest des Gesetzes bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit auf den 1. Januar eines Kalenderjahres.

Dauer Ruhegehalt in Jahren												
	Amtsjahre											
	12 und mehr	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
Alter beim Austritt												
<=35	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
36	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
37	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
38	1.500	1.472	1.444	1.417	1.389	1.361	1.333	1.306	1.278	1.250	1.222	1.222
39	2.000	1.944	1.889	1.833	1.778	1.722	1.667	1.611	1.556	1.500	1.444	1.444
40	2.500	2.417	2.333	2.250	2.167	2.083	2.000	1.917	1.833	1.750	1.667	1.667
41	3.000	2.889	2.778	2.667	2.556	2.444	2.333	2.222	2.111	2.000	1.889	1.889
42	3.500	3.361	3.222	3.083	2.944	2.806	2.667	2.528	2.389	2.250	2.111	2.111
43	4.000	3.833	3.667	3.500	3.333	3.167	3.000	2.833	2.667	2.500	2.333	2.333
44	4.500	4.306	4.111	3.917	3.722	3.528	3.333	3.139	2.944	2.750	2.556	2.556
45	5.000	4.778	4.556	4.333	4.111	3.889	3.667	3.444	3.222	3.000	2.778	2.778
46	5.500	5.250	5.000	4.750	4.500	4.250	4.000	3.750	3.500	3.250	3.000	3.000
47	6.000	5.722	5.444	5.167	4.889	4.611	4.333	4.056	3.778	3.500	3.222	3.222
48	6.500	6.194	5.889	5.583	5.278	4.972	4.667	4.361	4.056	3.750	3.444	3.444
49	7.000	6.667	6.333	6.000	5.667	5.333	5.000	4.667	4.333	4.000	3.667	3.667
50	7.500	7.139	6.778	6.417	6.056	5.694	5.333	4.972	4.611	4.250	3.889	3.889
51	8.000	7.611	7.222	6.833	6.444	6.056	5.667	5.278	4.889	4.500	4.111	4.111
52	8.500	8.083	7.667	7.250	6.833	6.417	6.000	5.583	5.167	4.750	4.333	4.333
53	9.000	8.556	8.111	7.667	7.222	6.778	6.333	5.889	5.444	5.000	4.556	4.556
54	9.500	9.028	8.556	8.083	7.611	7.139	6.667	6.194	5.722	5.250	4.778	4.778
55	10.000	9.500	9.000	8.500	8.000	7.500	7.000	6.500	6.000	5.500	5.000	5.000
56	9.000	9.000	9.000	8.500	8.000	7.500	7.000	6.500	6.000	5.500	5.000	5.000
57	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	7.500	7.000	6.500	6.000	5.500	5.000	5.000
58	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	6.500	6.000	5.500	5.000	5.000
59	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	5.500	5.000	5.000
60	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
61	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
62	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
63	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
64	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
65	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000